



## Nachrichten aus Brüssel

### *Die irische EU-Präsidentschaft*

Unter der Zielsetzung der Verbesserung der öffentlichen Gesundheit verfolgt die irische EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2004 insbesondere folgende Prioritäten: Errichtung des Europäischen Zentrums für Seuchenprävention und -bekämpfung; Verabschiedung von Strategien zur Prävention von Herz- und Kreislauf-Erkrankungen; Fortschritte bei der Einführung der EU-Krankenversicherungskarte; Schlußfolgerungen zu eHealth und Asthma bei Kindern; Maßnahmen zur Verbesserung der Patientenmobilität. Ferner stehen auf der Tagesordnung der Gesundheitsministerräte am 5. März und 2. Juni 2004 Aussprachen über eine EU-Umwelt- und Gesundheitsstrategie sowie zur Revision internationaler Gesundheitsvorschriften.

Irland übernimmt die EU-Präsidentschaft zu Beginn eines Jahres mit für Europa wichtigen Terminen: Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2004, Wahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004 und Beginn der Amtszeit der neuen EU-Kommission am 1. November 2004. Darüber hinaus obliegt es Irland, den Prozeß der Erarbeitung eines EU-Verfassungsvertrags nach dem Scheitern des Brüsseler Gipfels im Dezember 2003 fortzusetzen und die ersten Verhandlungen über die zukünftige EU-Finanzierung zu führen, die wegen der Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten und der Position einiger Mitgliedstaaten, der EU nicht mehr Geld zur Verfügung zu stellen, sehr kontrovers werden dürften. ■

### *Arbeitsprogramm der Kommission für 2004*

Da ihre Amtszeit am 31. Oktober 2004 endet, hat die aktuelle EU-Kommission sich auf einige wenige Prioritäten in ihrem Legislativ- und Arbeitsprogramm 2004 konzentriert. Im Bereich Gesundheit werden ein Aktionsplan „Umwelt und Gesundheit 2004 bis 2010“, Initiativen zur Vorbereitung auf Grippewellen, ein Gesamtbericht zu pandemischen Krankheiten sowie eine Mitteilung zur Patientenmobilität angekündigt. In einer Mitteilung

für eine neue EU-Gesundheitsstrategie soll zum einen über das bisher Erreichte berichtet und zum anderen ein Programm für die nächsten fünf Jahre vorgestellt werden. ■

### *EP für Erhalt der Freien Berufe*

Das Europäische Parlament hat sich mit großer Mehrheit in einer EntschlieÙung zu „Marktregelungen und Wettbewerbsregeln für die Freien Berufe“ zur Bedeutung von Standesregelungen für die Unparteilichkeit, Kompetenz, Integrität und Verantwortung der Angehörigen der Freien Berufe ausgesprochen. Zwar sollen sich die Freien Berufe dem Wettbewerb öffnen, doch müÙten die hohen Qualifikationen, die die Freien Berufe ausweisen, besonders geschützt und die für jeden Beruf spezifischen Standesregeln berücksichtigt werden. Auch müÙten die von den Freien Berufen im öffentlichen Interesse verfolgten Aufgaben gewahrt bleiben. Mit der EntschlieÙung hat das EP zugunsten der Freien Berufe in der Debatte, inwieweit die Freien Berufe dem EU-Wettbewerbsrecht unterworfen werden sollen, Position bezogen. ■

### *Ärzte gegen Änderung der EU-Arbeitszeitrichtlinie*

Vor allem wegen der finanziellen Folgen der EuGH-Urteile, wonach Bereitschaftszeiten von Ärzten in Krankenhäusern als Arbeitszeit gelten (Mehrkosten in Deutschland € 1,75 Mrd., in Großbritannien bis zu € 1,1 Mrd., in den Niederlanden € 400 Mio.), hat die EU-Kommission eine Änderung der EU-Arbeitszeitrichtlinie angekündigt. Die von der Kommission neu vorgesehenen flexiblen Vereinbarungen bei der Berechnung der Arbeitszeiten von Ärzten in Krankenhäusern werden sowohl vom Marburger Bund als auch von der Bundesärztekammer abgelehnt, anderenfalls könnte es wieder zu 30-Stunden-Diensten von Ärzten in Krankenhäusern und der damit verbundenen Gefährdung von Patienten durch übermüdete Ärzte kommen. ■

Friedrich von Heusinger,  
Vertretung des Freistaates Bayern in Brüssel